

**Prof. Dr. J. Schnell,**  
Generalleutnant a. D.  
Sicherheits- und Militärökonomie

Universität der Bundeswehr München  
Werner-Heisenberg-Weg 39  
D – 85577 Neubiberg



UNIVERSITÄT  
DER BUNDESWEHR  
MÜNCHEN

FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND  
ORGANISATIONSWISSENSCHAFTEN

*Sicherheits- und Militärökonomie /  
Streitkräftemanagement*

November 2004

# **„Zur Transformation der Bundeswehr aus ökonomischer Sicht“<sup>1</sup>**

Stand: 29.11.04

**Vortrag im Rahmen des Forum 2004  
der Clausewitz-Gesellschaft von 4.11.-5.11.2004  
beim Zentrum Innere Führung**

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die im Juni 2004 veröffentlichten und detaillierter dargestellten Studienergebnisse zur Reform der Bundeswehr aus ökonomischer Sicht. Die Zahlen zur mittelfristigen Finanzplanung sind aktualisiert (Stand Ende Oktober 2004).

(...) Ich bin natürlich gern gekommen und freue mich, Ihnen einige Ergebnisse meiner Studien zur

*„Transformation der Bundeswehr aus ökonomischer Sicht“*

vortragen zu können, auch wenn die Ergebnisse selbst vielleicht nicht so erfreulich sind.

Zunächst zu einigen Grundlagen und Annahmen der Studien:

## Wesentliche Grundlagen und Annahmen

- 1.) Neuausrichtung der Bundeswehr auf der Grundlage der Verteidigungspolitischen Richtlinie VPR vom Mai 2003  
 → Schwerpunktaufgabe: Konfliktverhütung und Krisenbewältigung

- 2.) Zielgrößen der zukünftigen Personalstruktur

<u>Soldaten:</u>	195.000	Freiwillige
	55.000	Wehrpflichtige, davon 25.000 Wehrpflichtige, die freiwillig zusätzlichen Wehrdienst leisten (FWDL)
	<u>2.500</u>	Wehrübungsplätze
	<b>252.500</b>	Soldaten
<u>Zivile Mitarbeiter:</u>	75.000	

- 3.) Bildung neuer Streitkräfte-Kategorien

- Eingreifkräfte (35.000)
- Stabilisierungskräfte (70.000)
- Unterstützungskräfte (147.500)

- 4.) Zielgröße Ausrüstung

- umfassende Modernisierung entsprechend der Neuausrichtung der Bundeswehr
- Anteil der verteidigungsinvestiven Ausgaben am Verteidigungshaushalt / Einzelplan 14:  $\geq 30\%$

5.) Höhe des Verteidigungshaushalts / Einzelplan 14 [Mrd. €]  
Planung bei Beginn Transformationskurs 2003 (zugrundegelegt):

2003	2004	2005	2006	2007	2008
24,4	24,4	24,4	24,4	25,2	(25,2)

Ist bzw. aktueller Stand der Planung (38. Finanzplan) - nominal:

2003	2004	2005	2006	2007	2008
Ist: 24,2	23,8	23,9 <sup>1)</sup>	24,0	24,7	24,7

<sup>1)</sup> plus 0,14 als gesicherte Erlöserwartung  
 minus 0,25 globale Minderausgabe  
 → 23,79 Mrd. € in 2005

Ist bzw. aktueller Stand der Planung (38. Finanzplan) - real:

2003	2004	2005	2006	2007	2008
24,2	23,4	23,1	23,0	23,3	22,9

→ kumulierte Differenz 2003 – 2008:  
 nominal: - 2,8 Mrd. €

→ Verteidigungshaushalt 2008: 24,7 Mrd. → in Preisen von  
 2003: bei 1,5 % Inflationsrate: 22,9 Mrd. € → real: - 1,8 Mrd. €

6.) Inflationsrate 1,5 %; bei Rüstungsgütern 2%; real „Nullrunden“  
 im öffentlichen Dienst; keine betriebsbedingten Kündigungen

7.) Bezugsjahr: 2008

Ich komme nun zu einigen Ergebnissen, die ich in sechs Aussagen zusammenfassen und kurz erläutern werde.

Die erste Aussage lautet:

***„Die Bundeswehr ist und bleibt mittelfristig (und absehbar darüber hinaus) deutlich unterfinanziert.“***

Um die Größenordnung dieser Unterfinanzierung abzuschätzen, können unterschiedliche Messgrößen genutzt werden.

Eine erste Messgröße ist die sogenannte „70-30-Relation“, die auch vom BMVg seit langem als SOLL-Größe zugrunde gelegt wird. Sie besagt, dass im Verteidigungshaushalt das Verhältnis der Betriebsausgaben zu den investiven Ausgaben mindestens 70 % zu 30 % betragen soll.

Legt man diese Messgröße zugrunde, so müsste in diesem Jahr der Verteidigungshaushalt statt 23,8 Mrd. eine Höhe von 26,1 Mrd. haben. Das entspricht dann einer Unterfinanzierung von gut 2 Mrd. € - also etwa 10 % des jetzigen Verteidigungshaushalts.

In der Perspektive des Jahres 2008 wird es (nach dieser Messgröße) bei einer jahresdurchschnittlichen nominalen Unterfinanzierung von etwa 1,5 Mrd. bleiben.

Nun ist diese 70 : 30 – Messgröße keine besonders gute Messgröße. Sie ist eher eine Faustregel aus der Zeit des Kalten Krieges.

Eine bessere Messgröße für den investiven Bedarf an Finanzmitteln sind die Ausgaben für die Beschaffungen von moderner Ausrüstung und den dazu gehörenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Soldat.

In der Bundeswehr liegt dieser Wert zur Zeit bei etwa 18.000 EUR je Soldat.

Wollte man diesen Wert auf eine Größenordnung anheben, die etwa für die britischen oder französischen Streitkräfte kennzeichnend ist, dann müsste die Höhe unseres Verteidigungshaushalts bei über 27 Mrd. EUR liegen.

Mit dieser Messgröße liegt dann die Größenordnung der gegenwärtigen Unterfinanzierung bei etwa 3 Mrd. EUR. Auch hier

wird sich in der Perspektive des Jahres 2008 keine entscheidende Verbesserung ergeben.

In einer plakativen Vereinfachung liegt deshalb – bei Zugrundelegung des Durchschnitts dieser beiden Messgrößen – die Größenordnung der absehbaren jährlichen Unterfinanzierung bis 2008 bei etwa 2 Mrd. EUR.

Kumuliert man diese jährliche Größenordnung bis zum Jahr 2010, so ergibt sich eine Investitionslücke (oder auch ein Investitionsstau) von etwa 10 Mrd. EUR.

Das begründet dann auch die Aussage, dass die Bundeswehr nicht nur mittelfristig, sondern auch darüber hinaus deutlich unterfinanziert bleibt.

Die zweite Aussage lautet:

***„In einem makroökonomischen Vergleich mit anderen europäischen Mittelmächten ist der Umfang der deutschen Streitkräfte zu klein ausgelegt.“***

Was verbirgt sich hinter dieser Aussage?

Nun – wenn man europäische Mittelmächte wie z. B. Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland makroökonomisch miteinander vergleicht, dann wird man i. w.

- die Einwohnerzahl bzw. ihr Humankapital,
- das Bruttoinlandsprodukt und
- den Wohlstand (etwa gemessen als BIP je Kopf)

vergleichen.

Zu den wesentlichen Aufgaben von Streitkräften gehört es, diese drei Bereiche gegen äußere Gefahren und Bedrohungen zu schützen und hierbei auch militärische Macht zu Geltung zu bringen.

Im internationalen System der Staaten und Bündnisse zählt unverändert, was ein Staat neben seiner politischen und wirtschaftlichen Macht als militärische Macht wirksam werden lassen kann. Oder – um es mit einem Ausdruck von Clauswitz zu formulieren: Was ein Staat als militärische Macht in die Waagschale des „politischen Verkehrs“ werfen kann.

Entsprechend gestalten die Staaten den Umfang ihrer Streitkräfte unter starker Berücksichtigung dieser Faktoren und Kriterien.

Zieht man diese Faktoren und Kriterien heran, dann müsste Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien und Italien einen Streitkräfteumfang von etwa 320.000 Soldaten haben. Der aktuelle Transformationskurs sieht etwa 252.000 Soldaten vor.

In diesem Vergleich ist deshalb der Umfang der deutschen Streitkräfte zu klein ausgelegt.

Kurz etwas zu der neuen Schwerpunktaufgabe und den neuen Streitkräftekategorien:

Aus ökonomischer Sicht ist hier der richtige Weg beschritten worden. Analysiert man die globalen sozioökonomischen Trends, so enthalten diese erhebliche Konfliktpotentiale mit neuen Erscheinungsformen von Kriegen und der Anwendung von Gewalt. Entfernte Krisen und

Konflikte können insbesondere wegen der zunehmenden ökonomischen Interdependenzen rasch auch die hoch entwickelten westlichen Industrienationen treffen. Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Stabilität gehören deshalb zu ihren vorrangigen nationalen und ökonomischen Interessen. Von daher sind auch die neuen Streitkräftekategorien aus ökonomischer Sicht grundsätzlich richtig gebildet. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass mit der Verkleinerung der Bundeswehr von 340.000 über 282.000 nun zu 252.000 Soldaten auch die personelle Fähigkeit zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung deutlich verringert wurde. Dies kann durch eine moderne Ausrüstung zumindest teilweise ausgeglichen werden, setzt dann jedoch angemessene Finanzmittel für Investitionen voraus, die der Bundeswehr fehlen.

Meine dritte Aussage knüpft an die Aussage 2 an. Sie lautet:

***„Der Beitrag Deutschlands zu einer ökonomischen Lastenteilung im Bündnis ist und bleibt in einem makroökonomischen Vergleich niedrig.“***

Die Bundeswehr ist als Bündnisarmee konzipiert, was auch eine angemessene Lastenteilung im Bündnis aus ökonomischer Sicht einschließt.

Als Kennzahl hierfür kann der Anteil der Verteidigungsausgaben nach einheitlichen NATO-Kriterien am Bruttoinlandsprodukt angesehen werden. Diese Kennzahl gibt zugleich an, welchen Anteil am durchschnittlichen Einkommen die Bürger eines Staates für ihre Verteidigung ausgeben.

In Deutschland lag im Jahr 2003 diese Kennzahl bei 1,43 % und damit um mehr als ein Viertel unter dem Wert von NATO-Europa, das durchschnittlich um 2,00 % des Bruttoinlandsprodukts BIP für die Verteidigung ausgibt. In einer Reihenfolge der 15 NATO-europäischen Staaten des Jahres 2003 belegte Deutschland einen Platz im letzten Viertel. Bei den für den Transformationskurs 2003 vorgesehenen Finanzmitteln ist zu erwarten, dass diese Kennzahl auf unter 1,4 % sinkt.

Wollte Deutschland in seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt, den es nach NATO-Kriterien für die Verteidigung ausgibt, den durchschnittlichen Wert der NATO-europäischen Staaten erreichen, so müsste die Höhe des Verteidigungshaushalts (EPI 14) etwa 36 Mrd. € betragen. Mit den vorgegebenen 24,4 Mrd. € liegt Deutschland um ca. 30 % unter diesem Wert.

Nun wird gegen diese Kennzahl – Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – gelegentlich eingewendet, dass bei dieser Kennzahl die nicht-militärischen Ausgaben für Sicherheit und Stabilität unberücksichtigt bleiben – etwa die Ausgaben für die Innere Sicherheit oder für Entwicklungshilfe.

Dieser Einwand ist im Verständnis einer Grand-Strategy nicht unbegründet. Schaut man sich allerdings die entsprechenden Zahlenwerte Deutschlands an, so ist nicht erkennbar, dass damit die im Bündnisvergleich zu niedrigen Verteidigungsausgaben ausgeglichen werden.

Die vierte Aussage betrifft die ökonomische Effizienz der Transformation. Die Aussage lautet:

**„Ohne den 2003 eingeschlagenen neuen Transformationskurs der Bundeswehr hätte sich die ökonomische Effizienz der Bundeswehr drastisch vermindert. In der mittelfristigen Perspektive bleibt die ökonomische Effizienz etwa auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre.“**

Zur Erläuterung:

Unter ökonomischer Effizienz ist das Verhältnis zwischen dem Leistungsvermögen der Streitkräfte einerseits und den Ausgaben bzw. den Kosten für die Streitkräfte andererseits zu verstehen. Es ist das, was man plakativ „Value for Money“ nennen kann.

Die Messung des Leistungsvermögens erfolgt bei den Studien i. w. durch die personellen und materiellen Fähigkeiten zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.

Eine Beibehaltung der 282.000-Bundeswehr hätte bei dem vorgegebenen Finanzrahmen zu einer drastischen Verringerung der ökonomischen Effizienz geführt. Die Betriebsausgaben einer solchen Bundeswehr hätten bei der vorgegebenen Höhe des Verteidigungshaushaltes die investiven Ausgaben für eine Modernisierung der Ausrüstung auf ein sehr niedriges Niveau gedrückt – der Weg in eine hohle Armee wäre vorgezeichnet.

Bei dem vorgegebenen Finanzrahmen war deshalb die mit dem neuen Transformationskurs eingeschlagene Strategie aus ökonomischer Sicht richtig. Ein weiteres Absinken der ohnehin zu niedrigen Investitionen in eine Modernisierung der Ausrüstung konnte nur durch eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr und der damit verbundenen Verringerung der Betriebsausgaben gestoppt werden.

In der Perspektive des Transformationskurses werden die Beschaffungsausgaben je Soldat nun etwas steigen, was jedoch eben nur durch eine Verringerung der personellen Fähigkeiten ermöglicht wird.

Etwas vergrößernd formuliert gleicht sich dies in etwa aus, so dass die ökonomische Effizienz mittelfristig etwa auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre bleibt.

Ich möchte hier eine Anmerkung zur Verwendung der knappen Haushaltsmittel einfügen.

Auch hier ist – jedenfalls vom Ansatz her – die eingeschlagene Ressourcenstrategie richtig.

Wenn der vorgegebene Finanzrahmen eine umfassende und rasche Modernisierung der Ausrüstung nicht erlaubt, dann kann der Ausweg nur in einer Strategie der Differenzierung, der Priorisierung und der Rationalisierung liegen.

Mit den neuen Streitkräftekategorien und dem betont teilstreitkraft-übergreifenden, fähigkeitsorientierten Ansatz sind wichtige Voraussetzungen hierfür geschaffen. Auch sollte nicht übersehen werden, dass die Bundeswehr trotz der Unterfinanzierung eine Reihe von wichtigen Systemen und Geräten für die neue Schwerpunktaufgaben erhalten wird. Insofern wird durchaus versucht, die Ressourcensteuerung zu optimieren, dies aber eben nur im Rahmen der sehr begrenzten finanziellen Möglichkeiten, die überdies durch einen hohen Bindungsstand bei den investiven Mitteln weiter eingeschränkt werden.

Für eine ständige flexible Anpassung oder auch für eine Anschubfinanzierung gibt es wenig – und was die bereits von der Weizsäcker-Kommission geforderte Anschubfinanzierung anbetrifft – gar keinen Handlungsspielraum.

Etwas pointiert formuliert, wird die Streitkräfteplanung bis auf weiteres im wesentlichen eine Mängelsteuerung bleiben und auch ein Management nach dem Prinzip des Muddling Through wird – wie bisher – nicht die Ausnahme sein.

Ich komme zu meiner 5. Aussage:

**„Der Transformationskurs 2003 verschärft das Problem der Wehrgerechtigkeit.“**

Gegenwärtig leisten – bezogen auf die männliche Geburtenjahrgangsstärke von ca. 410.000 insgesamt – etwa 50 % einen Dienst als Soldat (ca. 25 %) oder als Zivildienstleistender (ca. 26 %). In der Perspektive des Transformationskurses sinkt dieser Wert schon bald auf unter 40 %. Für die 252.000-W-Bundeswehr sind weniger als 15 % des männlichen Geburtenjahrganges für einen Dienst als wehrpflichtiger Soldat vorgesehen. Dem Verständnis einer Allgemeinen Wehrpflicht entspricht dies nur recht begrenzt, so dass die gelegentlich genutzte Bezeichnung einer selektiven Wehrpflicht von daher nicht unbegründet ist.

Aus ökonomischer Sicht stellt die Wehrpflicht eine Naturalsteuer dar, die von denjenigen Wehrpflichtigen zu erbringen ist, die tatsächlich Dienst leisten bzw. einberufen werden. In der langfristigen Perspektive der Transformation wird absehbar nur etwa ein Drittel eines männlichen Geburtenjahrgangs für eine solche Naturalsteuer herangezogen werden.

Nun wird häufig zwischen Wehrgerechtigkeit und Wehrdienstgerechtigkeit unterschieden. Bei der Wehrdienstgerechtigkeit wird nicht von der Geburtenjahrgangsstärke insgesamt, sondern nur von dem Umfang der sog. heranziehbaren Wehrpflichtigen ausgegangen. Dieser Umfang wird i. w. durch gesetzliche und administrative Regelungen – wie etwa Tauglichkeitsgrade, Wehrdienstausnahmen, Einberufungshindernisse, Berücksichtigung des Ergänzungsbedarfs bei Polizei und Bundesgrenzschutz – beeinflusst und festgelegt.

Als Messgröße der Wehrdienstgerechtigkeit wird dabei dann der Anteil der tatsächlich Einberufenen von den heranziehbaren Wehrpflichtigen gewählt. Mit geänderten gesetzlichen und administrativen Regelungen ließe sich deshalb auch bei der 252.000-Wehrpflichtigen-Bundeswehr eine Wehrdienstgerechtigkeit erreichen, die mit der bisherigen Wehrdienstgerechtigkeit vergleichbar ist. Dies ändert jedoch nichts an der Aussage, dass als Folge des Transformationskurses 2003 wesentlich weniger junge Männer – sowohl absolut als auch in der Relation zur Geburtenjahrgangsstärke –

zum Wehrdienst oder Ersatzdienst einberufen werden als bisher.  
Diese Werte sinken auf die niedrigsten Werte seit der Einführung der  
Allgemeinen Wehrpflicht.

Zu meiner 6. Aussage:

***„Als Ganzes ist der Reform – bzw. Transformationskurs der Bundeswehr nach den Kriterien eines Change Management aus ökonomischer Sicht nicht überzeugend gelungen.“***

Die wesentlichen Ursachen hierfür sind Mängel in der Konsistenz der politischen Vorgaben und vor allem in der finanziellen Planungssicherheit.

So wurden die personellen Eckwerte und Strukturvorgaben seit 1992 viermal erheblich verändert. Neue Strukturplanungen begannen, bevor die bisher geplanten Strukturen eingenommen wurden.

Regelmäßig wurden die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Mittel im Ablauf der konkretisierenden Haushaltsplanung verringert. Zusätzlich waren regelmäßig Inflationsverluste, Gehalts- und Lohnerhöhungen sowie Haushaltsmittel für Auslandseinsätze aus dem laufenden Verteidigungshaushalt zu erwirtschaften. In der Ausrüstungsplanung führte die Haushaltsenge zu ständigen Anpassungen durch Schieben, Strecken und Streichen von Vorhaben. Der infolge der Unterfinanzierung beständige Mangel an Finanzmitteln für Investitionen verursachte dennoch eine sich ständig vergrößernde investive Bugwelle, die dann als luftige Überplanung meist noch recht lange stehen blieb. Die notwendige Anschubfinanzierung für den Reformprozess unterblieb. Parallel zum Reformprozess waren in zunehmendem Umfang Auslandseinsätze durchzuführen.

Gemessen an diesen schwierigen Bedingungen stellt das, was an Reformen und Transformationen erreicht worden ist, eine sehr beachtliche Leistung dar. Dennoch konnte aus den angeführten Gründen der Reformprozess als Ganzes nicht überzeugend gelingen, der Reform- und Transformationskurs wurde zu oft gewechselt. Zu den Folgen zählt auch eine Schwächung des Vertrauens in diejenigen Institutionen und Personen, die für den Reformprozess als Ganzes die politische Verantwortung tragen.

Es gehört zu den wesentlichen Zielen des Transformationskurses 2003, diese Situation zu verändern und den Transformationsprozess auf eine sichere Planungsgrundlage abzustützen. Mit der

Verringerung des Umfangs, vorgezogenen Aussonderungen von Waffensystemen, Reduzierungen bei Standorten sowie Rüstungsvorhaben und verstärkten Anstrengungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit soll insbesondere die Anpassung an die vorgegebenen Finanzmittel erfolgen und so finanzielle Planungssicherheit erreicht werden. Ob dies gelingt, wird entscheidend von der tatsächlichen zukünftigen Höhe des EPl 14 und der Verlässlichkeit mittelfristiger Finanzplanungen abhängen.

Ein Blick auf die aktuellen Zahlen – und die ökonomische Sicht hat es immer mit Zahlen zu tun – stimmt hier eher pessimistisch (vgl. Punkt 5 unter Grundlagen und Annahmen).

Der vor kurzem beschlossene 38. Finanzplan nimmt bereits wieder deutliche Absenkungen an der Finanzplanung vor, die bei Beginn des Transformationskurses 2003 vorgelegt wurde.

Vergleicht man die beiden Zahlenreihen, so steht in den Jahren bis 2008 jährlich etwa eine halbe Milliarde € weniger zur Verfügung als bei Beginn des Transformationskurses vor gut einem Jahr vorgesehen war.

Kumuliert man dies auf der Zeitachse bis 2008, dann liegt das nun beschlossene Absenkungsvolumen bei 2,8 Mrd. €.

Bei den hier dargestellten Zahlen handelt es sich um Nominalwerte. Will man die realen Werte in Preisen von 2003 haben, dann ist die jährliche Inflationsrate zu berücksichtigen.

Betrachtet man etwa das Bezugsjahr 2008, so steigt der Verteidigungshaushalt zwar nominal auf 24,7 Mrd. €, real jedoch sinkt er bei einer vorsichtig angenommenen jährlichen Inflationsrate von 1,5 % um 1,8 Mrd. €. Das ist knapp die Hälfte der diesjährigen Ausgaben für Beschaffungen, die bei vier Milliarden € liegt. Im Jahresdurchschnitt gerechnet wird die Bundeswehr in dem Zeitraum 2004 – 2008 real gut eine Milliarde Euro jährlich weniger erhalten als im Jahre 2003.

Wir haben es deshalb bei der Umsetzung des Transformationskurses mit einem real sinkenden Verteidigungshaushalt zu tun – in Zahlen: von 24,2 Mrd. € in 2003 auf 22,9 Mrd. € in 2008.

Wir alle kennen die tieferen sozioökonomischen Ursachen hierfür.

Die wichtigsten Stichworte sind

- geringes Wirtschaftswachstum
- hohe Arbeitslosigkeit
- Überdehnung des Sozialstaats
- Veränderter Altersaufbau sowie
- Staatsverschuldung und Maastricht-Kriterien.

Vieles wird deshalb – auch für die Transformation der Bundeswehr – davon abhängen, ob der nun eingeleitete Reformprozess, auf dessen Notwendigkeit die Sachverständigen schon seit vielen Jahren hingewiesen haben, erfolgreich sein wird.

Eine deutliche reale Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist nur in dieser Perspektive zu erwarten.

Wann und ob die Ziele des Transformationskurses überhaupt erreicht werden, wird daher entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beeinflusst werden. Wie so oft, sind Wirtschaft und Ressourcen die kritischen Erfolgsgrößen.

Hinzu kommt neben diesen sozioökonomischen Ursachen vermutlich eine spezifische deutsche Befindlichkeit, die etwa als Kultur der militärischen Zurückhaltung formuliert wird und sicherheitspolitische Risiken nur sehr ungern wahrnimmt.

Ich möchte nun eine Anmerkung zur Wehrpflicht aus ökonomischer Sicht einfügen.

Rechnet man mit den fiskalischen Kosten von ca. 34 Mrd. EUR, die für die 252.000-Wehrpflicht-Bundeswehr aufzubringen wären, dann wäre es ökonomisch vorteilhafter, die Bundeswehr in eine Freiwilligen-Bundeswehr umzuwandeln.

Eine solche Freiwilligen-Bundeswehr hätte eine Größenordnung von 250.000 Freiwilligen und wäre um mindestens 10% effizienter.

Rechnet man hingegen nicht mit den eigentlich anzusetzenden fiskalischen Kosten, sondern allein mit einem Verteidigungshaushalt (EPI 14) von gut 24 Mrd. EUR, dann ist es vorteilhafter, an der gegenwärtigen Wehrform festzuhalten und den eingeschlagenen Transformationskurs fortzusetzen.

Dies führt dann allerdings zu der Frage, was erforderlich wäre, um den Reform- bzw. Transformationskurs abzusichern. Eine Reihe von Maßnahmen möchte ich zumindestens ansprechen.

### Was ist aus ökonomischer Sicht notwendig, um den Reformkurs abzusichern?

#### a.) vorrangig:

Beseitigung Unterfinanzierung, Erhöhung verteidigungsinvestiver Ausgaben und finanzielle Planungssicherheit

#### b.) dazu im einzelnen:

- deutliche Erhöhung EPI 14 spätestens ab 2007
- Anschubfinanzierung für Reform
- beschleunigter Personalabbau Zivilpersonal
- finanzielle Planungssicherheit in realen monetären Größen
- Intensivierung Rationalisierungsstrategien
- Anpassungen im Haushaltsrecht und im Dienstrecht, um Ressourcen flexibler steuern zu können
- innovative Formen der Finanzierung
- als Schlüsselkennzahlen verwenden:
  - 1) Equipment expenditures je Soldat
  - 2) verteidigungsinvestive Ausgaben als Anteil am BIP
- Realisierung Grand-Strategy-Konzept national und im Bündnisrahmen

} stufenweise  
anheben auf  
Niveau GB

Ich komme zum Schluss.

Fasst man die vorgetragenen Ergebnisse und Aussagen zusammen, so kann zweierlei als begründete Thesen herausgehoben werden.

Erstens:

Die Höhe des Verteidigungshaushalts und der Umfang der deutschen Streitkräfte entsprechen nicht dem ökonomischen Gewicht Deutschlands und seiner ökonomischen Interessenlage.

Zweitens:

Bei den vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen ist der 2003 eingeschlagene Transformationskurs aus der ökonomischen Sicht vom Ansatz her richtig. Er steht allerdings unter sehr erheblichen finanziellen Risiken. Wegen der absehbar anhaltenden Unterfinanzierung sind insbesondere zeitliche Zielanpassungen sehr wahrscheinlich und nahezu unvermeidbar.

Auf dem vermutlich noch recht langen Weg bis zur Erreichung der Ziele der Transformation werden noch viele und keineswegs leichte Steine beiseite zu räumen sein. Hoffen wir, dass es gelingt.

Ich schließe daher mit einem bekannten Wort des großen deutschen Philosophen Karl Popper:

„Optimismus ist Pflicht“.